

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1916

31 (1.2.1916) 2. Blatt

Großherzogtum Baden.

Karlsruhe, 31. Januar.

Badischer Landtag. Zweite Kammer.

Bericht über die Verhandlungen der Budgetkommission am Mittwoch, den 26. Januar 1916.

Gegenstand: Beratung der „Zweiten Denkschrift der Großh. Staatsregierung über ihre wirtschaftlichen Maßnahmen während des Krieges“ und einschlägiger Anträge.

Mit der Beratung über die Verbrauchsregelung im Verkehr mit Gegenständen des täglichen Bedarfs wird fortgefahren.

Ein Regierungsvertreter geht auf die über den Griepreis und die Verteilung des Griepes geäußerten Beschwerden ein. Die hohen Grieppreise hätten ihren Grund darin, daß die Reichsgetreidestelle den von ihr Getreide und Mehl beziehenden Nahrungsmittelfabriken hohe Preise stelle. Der hierbei erzielte Gewinn setze die Reichsgetreidestelle in den Stand, den Kommunalverbänden das Mehl zu einem mäßigen Preis zu liefern. Statt — was wünschenswerter wäre — unmittelbar an die Kommunalverbände zu liefern, stelle die Griepzentrale den Griep den Großhändlern zum Preise von 76 M. zur Verfügung, die ihn um den Preis von 80 M. für den Doppelpentner an die Klein Händler verkaufen. Den Klein Händlern ihrerseits sei gestattet, beim Weiterverkauf einen Aufschlag von 10 M. für den Doppelpentner zu machen. Für Baden dürfe man eine neue Regelung erhoffen, wonach der Griep von der Reichsgetreidestelle an den „Einkauf Südwestdeutscher Städte“, von diesem an die Kommunalverbände und von letzteren an die Klein Händler geliefert werde. Hierbei werde man einen Ausgleich zu schaffen suchen zwischen denjenigen Bezirken, die zu viel Griep, und anderen, die zu wenig erhalten hätten. Es sei richtig, daß, wie von einem Abgeordneten erwähnt worden sei, die Verschärfung der Vorschriften über das Ausmahlen von Brotgetreide ein Faktor sei, der den Mehlpreis zu ermäßigen geeignet ist. Überwiegend seien aber gegenüber dem Friedenszustand die verteuerten Faktoren, so die Erhöhung des Getreidepreises, die in verstärktem Maß im Mehlpreis zum Ausdruck kommen müßte, die Preissteigerung bei Kohlen und sonstigen Hilfsstoffen, die Schwierigkeit der Arbeiterverhältnisse und der Zufuhr, die Notwendigkeit langer Lagerung des Getreides und schließlich auch die Verwaltungskosten der Kommunalverbände. Eine wunderliche Ausbeutung der Verbraucher sei bei der jetzigen Regelung ausgeschlossen. Es sei dem Wunsch Ausdruck gegeben worden, daß der Brotpreispflicht für die städtischen Kommunalverbände, die von der Reichsgetreidestelle Mehl erhalten, einheitlich festgesetzt werde. Von den 13 hier in Betracht kommenden Kommunalverbänden hätten nur 3 einen geringeren Preis als 40 Pfennig, alle übrigen einen solchen von 40 Pfennig. Die Kommunalverbände, die den letzteren Brotpreis festgesetzt haben, würden gegen eine zwangsweise Ermäßigung desselben durch das Ministerium wohl Einwendung erheben. Auf der anderen Seite würde sich, wenn man den Höchstpreis allgemein auf 40 Pfennig festsetze, als unerwünschte Folge ergeben, daß die Kommunalverbände, die bisher einen niederen Brotpreis haben, nunmehr ebenfalls den Brotpreis auf 40 Pfennig festsetzen. Wenn gesagt worden sei, daß man den Konditoren keinen Mehlmangel anmerke, so dürfe er darauf hinweisen, daß in Baden der Verbrauch von Mehl stark eingeschränkt sei. Aus inländischem Weizen und Roggenmehl dürften als Weizenbrot nur Wasserbrot und Zwieback und von Kuchen nur Obstkuchen und dieser nur in privaten Haushaltungen hergestellt werden. Die Konditoren verwendeten Auslandsmehl, soweit sie sich solches verschaffen könnten, und Ersatzmehle, wie Mais-, Tapioka-, Reis- und Kartoffelmehl. Um zu verhüten, daß die Selbstversorger mehr Mehl verbrauchten, als ihnen zusteht, seien besonders strenge Vorschriften erlassen worden. Es dürfe für Selbstversorger Mehl nur gegen vom Bürgermeister auszustellende Maßscheine vermahlen werden; der Bürgermeister habe über die erteilten Maßscheine genaue Listen zu führen. Es dürfe regelmäßig auf einmal nur die Bedarfsmenge für einen Monat ausgemahlen werden; Selbstversorgern, die nur eine kleine Familie hätten und die als zuverlässig bekannt seien, sei indes gestattet worden, ihre Bedarfsmenge für mehrere Monate ausmahlen zu lassen, doch müsse in solchen Fällen eine Kontrolle durch die Bürgermeisterämter ausgeübt werden. Was die von einer Seite bemängelte Überschreitung der Höchstpreise für Petroleum anlangt, so müsse er bemerken, daß im vergangenen Winter bereits die Bezirksämter die Bewilligung bekommen haben, Höchstpreise festzusetzen, sobald das Petroleum teurer als 25 Pfennig werde. Als dann für das ganze Reich Höchstpreise, auch für den Großhandel, eingeführt worden seien, sei vom Reichszentraler auf Antrag einzelner Personen,

die sich schon vor dem 1. August 1914 mit Petroleumhandel befaßt haben, ausnahmsweise gestattet worden, bis zum 31. August 1915 für Petroleum, das sie selbst vorher teurer gekauft hätten, höhere Preise zu verlangen. Die Verteuerung der Salzheringe rühre daher, daß der Seringsfang außerordentlich erschwert sei. Eine ungerichtete Preissteigerung werde künftighin dadurch vermieden, daß alle vom Ausland eingeführten Seringe an die Zentraleinkaufsgesellschaft abzuführen seien. Über den „Einkauf Südwestdeutscher Städte“ habe er sehr günstige Urteile gehört.

Ein Mitglied stimmt der in Aussicht gestellten neuen Regelung des Verkehrs mit Griep bei und wünscht, daß die Regierung auch gegenüber der Städteeinkaufsgesellschaft eine Aufsicht ausübe, um eventuell Ungleichheiten in der Belieferung zu vermeiden. Von anderer Seite wird betont, es wäre angebracht, daß die Regierung im Aufsichtsrat der Städteeinkaufsgesellschaft vertreten wäre; zu begrüßen sei es, daß die Städteeinkaufsgesellschaft eine Organisation der Zentraleinkaufsgesellschaft werde.

Von verschiedenen Seiten wird bezweifelt, daß das Mehl, das in Konditoren verbacken werde, bloß ausländisches sei. Jetzt, wo die Bäcker viel Weizenmehl (zurzeit 70 %) bekämen, sei es für die Bäcker eine Verlockung, das Mehl zum Kuchenbacken zu verwenden. Eine strenge Kontrolle sei am Plage. Ein Regierungsvertreter erklärt, der Umstand, daß gegenwärtig wenig Roggen und viel Weizen zugeliefert werde, sei im Hinblick auf die Backvorschriften unerfreulich. Das Kuchenbackverhältnis für Mehl bei der Brotbereitung sei in Baden höher festgesetzt worden, als in anderen Bundesstaaten, und deshalb bei richtiger Kontrolle durch den Kommunalverband Mißbräuche kaum möglich. Es werde aber auch hier eine Nachprüfung erfolgen.

Auf die Bemerkung eines Mitgliedes, daß Weizenstroh, das sich recht gut zum Baden eigne und sicherlich auch dazu verwendet werde, zu Fütterungszwecken hergegeben worden sei, gibt ein Regierungsvertreter die Auskunft, daß von der Reichsgetreidestelle bei dem gegenwärtigen Mangel an Roggen Weizenmehl als Futtermittel geliefert worden sei, weil bei uns die Anmeldungen der Landwirte auf Futtermittel ziemlich spät erfolgt seien. Ein Mitglied findet den großen Unterschied zwischen dem Preis, der dem Landwirt für den Weizen bezahlt werde, und dem Mehlpreis unerklärlich. Von einem anderen Mitglied wird darüber Klage geführt, daß für Weizen vielfach nicht der Höchstpreis bezahlt, sondern nachträglich Abzüge gemacht würden; eine Mühle im Unterland sei es vor allem, bei der dieses Verfahren beliebt sei. Es sei wünschenswert, daß eine Kommission, wenn auch nur aus 2 Mitgliedern bestehend, darüber zu befinden habe, wie hoch der Preis von Getreide, das nicht vollwertig, zu bemessen sei. Ein Regierungsvertreter erwidert, wenn der selbstversorgende Kommunalverband an dem Kaufpreis unberechtigte Abzüge mache, stehe die Beschwerde an das Ministerium des Innern offen. Gegen einen Abzug am Preis für Getreide, das für die Reichsgetreidestelle an die Mühlen zu liefern sei, sei schiedsgerichtliche Entscheidung zulässig; wenn ungerichtete Abzüge gemacht würden, so empfehle er stets, schiedsgerichtliche Entscheidung herbeizuführen. In letzter Zeit sei schon von Schiedsgerichten eine Feuchtigkeit des Getreides bis zu 18 % nicht mehr beanstandet worden.

Ein Mitglied bezeichnet es als einen Mangel in der Organisation der Kommunalverbände, daß Mehl außer durch Weizenbäcker auch durch die Bäcker verkauft werde; die Bäcker vergrößerten vielfach ihr Brotquantum dadurch, daß sie sich von ihren Kunden erübrigte Brotmarken geben ließen.

Ein Mitglied geht des näheren auf das schiedsgerichtliche Verfahren ein, das sehr umständlich und teuer sei. Wie er gehört habe, sei deshalb beabsichtigt, das Verfahren zu vereinfachen und billiger zu gestalten. Im übrigen sei die Menge des beanstandeten Getreides für Baden erheblich niedriger als der Reichsdurchschnitt. Die Beanstandungen erfolgten auch seitens der Großmühlen zahlreicher als seitens der Kleinmühlen. Den Mühlen sei von der Reichsgetreidestelle empfohlen worden, in ihren Beanstandungen vorsichtiger zu sein. Gleiche Beanstandungen hätten sich ergeben für Mehl, das von der Reichsgetreidestelle an die Kommunalverbände geliefert wird. Einseitige Abzüge dürften ohne schiedsgerichtliche Entscheidung nicht gemacht werden. Natürlich stehe es dem Einkäufer frei, niedrigere Preise zu bieten; aber willkürliche Abzüge, ohne Einwilligung des Verkäufers seien nicht erlaubt. Im Reich werde über die geringe Beschäftigung der Kleinmühlen durch die Reichsgetreidestelle geklagt, in Baden seien allerdings keine solchen Beschwerden gehört worden. Die Kriegsgetreidegesellschaft habe mit 3000 Mühlen Verträge geschlossen, die Reichsgetreidestelle dagegen beschäftige zurzeit nur 420 Mühlen. Gegen den Wunsch nach weitergehender Beschäftigung der Kleinmühlen habe sich die Reichs-

getreidestelle ablehnend verhalten, weil die Großmühlen den an sie gestellten Anforderungen, insbesondere hinsichtlich Lagerräumen und Trockenanlage, besser entsprächen als die Kleinmühlen; auch sei der Mahllohn bei kleinen Mühlen viel höher als bei Großmühlen. Wenn alle Mühlen arbeiteten, käme der Mahllohn auf 30 M., jetzt dagegen nur etwa auf die Hälfte. Der Grund dafür, daß in Baden keine Klagen über geringe Beschäftigung der Kleinmühlen durch die Reichsgetreidestelle laut geworden seien, sei darin zu erblicken, daß in Baden sehr viele Kommunalverbände das Recht der Selbstversorgung hätten, wie überhaupt nur 28 % des Mehles im Reich durch die Hand der Reichsgetreidestelle gehe.

Ein anderes Mitglied erklärt sich damit einverstanden, wenn schließlich ein vollständiges Kuchenbackverbot durchgeführt werde, namentlich auch im Hinblick auf die vom 1. Februar ab geltenden, den Mehlverbrauch stark einschränkenden neuen Bestimmungen. Nützlichfalls müsse den Konditoren Unterstützung gewährt werden. Auf die Anfrage, ob es richtig sei, daß von der Reichsgetreidestelle künftighin kein Auszugsmehl ausgegeben werde, erklärt ein Regierungsvertreter, daß die Reichsgetreidestelle zu bestimmen habe, ob sie Auszugsmehl herstellen lassen will. Übrigens könne auch durchgemahlenes Mehl ganz gut zur Speisereibereitung verwendet werden. Das völlige Verbot des Kuchenbackens auch aus ausländischen oder Ersatzmehlen würde eine schwere Schädigung des Konditoreiwerkes zur Folge haben. Die Verwendung von Auslandsmehl oder Mehleratz zum Kuchenbacken zu untersagen, gehöre zur Zuständigkeit des Bundesrats. Ein Mitglied nimmt sich einem Kuchenbackverbot gegenüber der Interessen der Konsumenten an und stellt die Frage, ob einem selbstversorgenden Kommunalverband, der mit seinem Mehl nicht reiche, gestattet sei, selber Getreide zu kaufen und mahlen zu lassen, anstatt das Mehl von der Reichsgetreidestelle zu beziehen. Ein Regierungsvertreter hält dies für unzulässig und glaubt, daß auch die Reichsgetreidestelle sich auf ein solches Verfahren nicht einlassen werde.

Auf die Anfragen und Anregungen eines Mitgliedes gibt der Herr Minister des Innern die Erklärung ab, daß ihm nicht bekannt sei, daß neuerdings vier fleischlose Tage eingeführt werden sollen. Die Anregung, die Abgabe von mehr als einem Fleischgang in den Wirtschaften zu verbieten, sei beachtenswert; ein solches Verbot könne durch das Ministerium des Innern erlassen werden. Er müsse aber bemerken, daß nach seinen Erfahrungen im allgemeinen in den Gasthäusern eine große Vereinfachung der Speisefolge eingetreten sei. Zu einem Verbot der Verabreichung von Butter zum Frühstück in den Gastwirtschaften solle man nur schreiten, wenn auf die Dauer und nicht nur vorübergehend, mit einem derartigen Puttermangel gerechnet werden müsse, daß ein solches Verbot unerlässlich sei; er hoffe aber, daß sich in einiger Zeit bessere Verhältnisse auf dem Buttermarkt einstellen werden.

Es kommt sodann der Antrag der Abg. Kolb und Gen. zur Verhandlung, wonach erstrebt und die Regierung ersucht werden soll, die landwirtschaftlichen Verbände zu veranlassen, die von der Landwirtschaft erzeugten hauptsächlichsten Lebensmittel unter Ausschaltung des gewinnfüchtigen Zwischenhandels unmittelbar an die Kommunalverbände zu bringen. Der Berichterstatter gibt die Regierungserklärung zu diesem Antrag bekannt, in der die bisherigen Bestrebungen dargelegt sind und ein weiterer Ausbau der landwirtschaftlichen Organisation unter Vermeidung einer völligen Ausschaltung des Handels begrüßt wird und weist darauf hin, daß nur der rein spekulative Handel ausgeschaltet werden sollte. Um dies zu ermöglichen, müßten die landwirtschaftlichen Organisationen ausgebaut werden. Andererseits müßten die großen Städte, was sie bisher größtenteils verkümmert hätten, Organisationen schaffen, um ihren Einwohnern billige Lebensmittel und Gebrauchsmittel des täglichen Bedarfs zu verschaffen. Es sei bereits früher einmal von einer großen badischen landwirtschaftlichen Organisation die Errichtung einer Viehverwertungsgenossenschaft beabsichtigt gewesen und man sei hierwegen mit einer großen badischen Stadt ins Benehmen getreten. Der Versuch sei aber am Widerstand der betreffenden Stadt gescheitert. Auch in Preußen sei ein ähnlicher Versuch ergebnislos verlaufen. Die Schuld liege in allen Fällen daran, daß der Handel in den großen Städten einen großen Einfluß habe, was bei der Entscheidung über jene Frage in die Erscheinung trete.

Zur Begründung des Antrages wird von einem Mitglied ausgeführt, es sei bedauerlich, daß in den Städten Organisationen der Konsumenten nahezu völlig fehlten. Vor allem sei zu erstreben, daß der Viehwirtschaftenhandel, der jetzt geradezu eine Monopolstellung erlangt habe, beseitigt werde. Dies sei aber, da die Metzger vielfach zur verlangten Barzahlung nicht in der Lage seien, nur möglich, wenn Viehbanken eingeführt würden. Es sei ein Übel, wenn — wie es jetzt zu beobachten sei — Vieh-

auf dem Lande in Masse vorhanden sei, in den Städten dagegen großer Mangel bestehe. Ungefunde Verhältnisse herrschen früher auch auf den Lebensmittelmärkten, wo die Lebensmittel den Landwirten gleich nach ihrem Erscheinen auf den Marktschritten von den Zwischenhändlern abgekauft werden. Wo die Städte die Versorgung der Konsumenten mit Lebensmitteln selbst in die Hand nehmen, sei eine bürokratische Verwaltung zu vermeiden. Es sei zu den sogenannten gemischtwirtschaftlichen Betrieben zu greifen. Auch die landwirtschaftlichen Organisationen stünden nicht auf der Höhe. Von einem anderen Mitglied wird bemerkt, daß Verträge zwischen Produzentenorganisationen und Konsumentenorganisationen über Schlachtviehbeschaffung regelmäßig daran scheitert seien, daß von der einen oder anderen Seite auf Jahre hinaus festbestimmte Preise verlangt worden seien. Es müßten bei solchen Verträgen die Preise beweglich sein.

Der Herr Minister führt aus: Der Zwischenhandel sei nur in seinen Auswüchsen zu verwerfen. Bei einer vollständigen Beseitigung des Zwischenhandels würden viele selbständige Existenzen vernichtet und müßten irgendwo anders untergebracht werden. Der eingebrachte Antrag habe, wie es ihm scheine, Kriegsmassnahmen im Auge; die dem Antrag gegebene Begründung habe dagegen auf dauernde Organisationen ab. Was die Kriegsmassnahmen anlangt, so komme man über die Schwierigkeiten der Milchbeschaffung in den Städten hinweg, wenn die Milchlieferung in den Städten zentralisiert und zentralisiert werde. Dies sollte in den gemischtwirtschaftlichen Betrieben geschehen. Dabei dürfte es sich empfehlen, daß die Milchhändler, die von dieser Organisation verdrängt werden, in dem Betrieb der Organisation selbst Beschäftigung finden. Als weitere Kriegsmassnahme komme die Förderung der Schweinemastungsverträge in Betracht. Es sei beabsichtigt, Futtermittel, die aus den Balkanländern eingeführt werden, der Landwirtschaftskammer zuzuwenden; diese solle die Futtermittel den Leuten zukommen lassen, die sich verpflichten, Schweine zu mästen und die gemästeten Tiere den Städten zu liefern. Die Differenz zwischen den ziemlich hohen Anschaffungskosten der Futtermittel und dem Abgabepreis an die Landwirte solle der Staat übernehmen. Dem Getreidebureau und der Zentrale in Tauberbischofsheim habe die Regierung durch Leistung von Zuschüssen Unterstützung angebehalten lassen. Dem Verband landwirtschaftlicher Vereinigungen seien Staatsmittel zu möglichem Zins zur Verfügung gestellt worden. Der Verband landwirtschaftlicher Vereinigungen und der badische Bauernverein hätten große Fortschritte gemacht. Fortschritte seien auch bei den Verkaufsgenossenschaften zu verzeichnen, größere jedoch noch bei den Einkaufsgenossenschaften. Auf der Seite der Verbraucher fehle es an Organisationen. Hier tauche die Frage auf, ob etwa die Konsumalverbände auch im Frieden weiter bestehen sollen und ob ihnen etwa auch später Rechtspersönlichkeit zuzusprechen solle. Die Verträge mit Schweinelieferungs- und -mästungsverträgen seien meistens an der Preisfrage gescheitert; es sei unmöglich, sich auf einen festen Preis für Jahre hinaus festzusetzen. Eine Stadt (Mun) habe, soviel ihm bekannt, einen Schweinelieferungsvertrag abgeschlossen, der zur Zufriedenheit ausgefallen sei. Was auf diesem Gebiet geschehen könne, werde die Förderung der Regierung finden. Die Fragen seien schwierig und ließen sich nicht von heute auf morgen lösen, weil Widerstände gebrochen werden müssen und die Existenz vieler gefährdet sei.

Ein Mitglied weist darauf hin, daß in den Städten für die Versorgung mit Lebensmitteln mehr geschehen könne. Die Küchenabfälle müßten dauernd zur Schweinefütterung verwendet werden; auch sei den Stadtbewohnern zu empfehlen, sich mehr der Schweinezucht zu widmen. Es sei ferner ratsam, daß an Stelle der Anlagebäume in den Städten Obstbäume gepflanzt werden. Endlich verdient die Befreiung der Förderung, die darauf hinzielen, dem in der Stadt wohnenden Arbeiter ein Stück Feld zur Bewahrung zuzuwenden. Ein anderes Mitglied spricht den Wunsch aus, daß die als Kriegsmassnahme erstreckten Organisationen auch über den Krieg hinaus dauerten. Die Milchhändler, die bei Errichtung einer Milchzentrale ihre Existenz verlieren, gehörten nicht dem Mittelstand an, sie seien froh, wenn sie in dem städtischen Betrieb Beschäftigung finden könnten. Empfehlenswert sei es, wenn die Städte selbst in die Reihe der Milchproduzenten eintreten. Was für die Milch gemacht werde, könne auch für andere unentbehrliche Lebensmittel getan werden. Die Städte hätten jetzt eigene Verkaufsläden eingerichtet, diese sollten auch späterhin beibehalten werden. Die Schweinehaltung in den Städten sei nicht so einfach. Die Abfälle aus der eigenen Küche genügen für Mästung nicht; es müßten teure Futtermittel dazu gekauft werden. Von anderer Seite wird der Wunsch ausgesprochen, daß bei der Verteilung von Futtermitteln nicht nur die Schweinemästereien, sondern auch die Schweinezüchter berücksichtigt werden. Ein Mitglied erklärt, er würde bedauern, wenn die Privatwirtschaft vollkommen durch die Gemeinwirtschaft abgelöst werde, weil auf diese Weise die in Lichtigkeit verloren gehe. Andere Mitglieder glauben, daß die Städte — Freiburg mit seinem Riesfeld sei hierfür ein Beispiel — mit der eigenen Milchproduktion schlechte Geschäfte machen werden. Das damit verbundene Risiko sei groß. Wenn eine Seuche unter dem Viehbestand ausbrechen könnte, die Städte in eine kritische Lage kommen. Versuche mit eigener Produktion könnten nur leistungsfähige Städte machen.

Zum Schluß wird der Antrag der Abg. Kolb und Gen. mit der Änderung angenommen, daß an die Stelle der Worte „des gewinnfächtigen Zwischenhändlerturns“ die Worte „des Zwischenhändlerturns, soweit es entbehrlich ist“, treten.

oc. Tauberbischofsheim, 31. Jan. Bei der Bürgermeistereiwahl wurde Stadtrat Emmerich Schnupp mit 42 von 43 Stimmen gewählt.

E. Freiburg, 28. Jan. Beim vierten Vereinsabend des Heimatgeschichtlichen Vereins „Schwarzwald“ hielt Kreisrat Dr. Baumgartner von Emmendingen einen von tiefem vaterländischen Empfinden getragenen Vortrag über: „Deutschlands Weltmachtstellung in Vergangenheit und Gegenwart“. Eine Fülle von treffenden Bildern aus der alten Kaiserzeit und der damaligen Weltmachtstellung des deutschen Kaiserturns, aber auch von dem tiefen Niedergang, hervorgerufen durch die zentrifugalen Kräfte im alten Reich, die schließlich zur Auflösung des hl. römischen Reiches deutscher Nation führten, ließ der Redner an dem Auge der zahlreich versammelten Zuhörer vorüberziehen und verstand es, mit seinen Vergleichen mit der heutigen schweren Zeit, herrliche patriotische Töne erklingen zu lassen, die bei den Zuhörern warmen Beifall fanden.

B.C. Freiburg, 30. Jan. Mit dem nächsten Brotmarkenheft wird eine für den Kopf der Bevölkerung auf 200 Gramm lautende Reisfarte abgegeben werden. Der Verkauf des Heftes wird zum Preise von 55 Pf. das Pfund erfolgen. Im Monat Februar sollen an die Winderbeitenden auf Grund der Ausweisfarten abgegeben werden: Schweinefett, Gemüse-Fleischkonserven in Dosen, Malzkaffee, braune Bohnen, Hafersfoden und Kartoffeln.

B.C. Konstanz, 30. Jan. Die Stadtverwaltung hat seit Einführung der Brotmarken jede nicht verwendete Brotmarke mit 5 Pf. vergütet. Der Betrag wurde je nach dem Willen des Empfangsberechtigten ihm entweder ausbezahlt oder dem Roten Kreuz gegeben. Das Erziehungsmittel hatte zur Folge, daß monatlich etwa 5000 unverbrauchte Marken zu 600 Gramm Mehl oder 750 Gramm Brot zurückgebracht wurden, was eine Ersparnis von monatlich 30 Dgr. Mehl bedeutet. Zu Zukunft soll die Vergütung nicht mehr bar ausbezahlt werden, sondern hälftig dem Roten Kreuz und dem Ortsausschuß zur Unterstützung armer Familien zustehen.

oc. Konstanz, 30. Jan. Auf einem Spaziergang wurde Polizeidirektor Mayer von einem Schlaganfall betroffen und starb alsbald. Der Verstorbene stand im Alter von 63 Jahren und war im Jahre 1906 von Donaueschingen zur hiesigen Oberpostdirektion versetzt worden.

Das Kriegsbriefen deutscher Studenten.

Auf Anregung der Zentralfelle für Auslandsdienst, Berlin, hat Prof. Dr. Phil. Wittopfreiburg einer größeren, für die Zeit nach dem Kriege vorbereiteten Sammlung von Kriegsbriefen deutscher Studenten ein kleines Bändchen zusammengestellt, das auch zur Propaganda im neutralen Ausland dienen soll. Dokumente, die nicht auf das Militärisch-Interessante und Anekdotische, sondern auf das Geistige und Seelische des deutschen Heeres geben. Wir sind in der Lage, schon heute zwei Briefe aus der bei Fr. A. Perthes, L.-G., Göttingen erscheinenden Sammlung im nachfolgenden wiederzugeben.

Im Schützengraben bei Ptern, Nov. 1914. Ihr in der Heimat kommt Euch nicht die geringste Vorstellung davon machen, was es uns bedeutet, wenn in der Zeitung schlicht und einfach zu lesen ist: „In Flandern fanden heute wieder nur Artilleriekämpfe statt!“ Tausendmal lieber wäre gehen in bewegtem Angriff, so es, was es wolle, als das tagelange Ausscharen im Granatfeuer, wo man immer nur wartet, ob denn die nicht kommt, die einen verhinmelt oder zerfmettert. Rechts von mir stöhnt seit drei Stunden im Unterstand ein Unteroffizier, dem eine Granate beide Beine und einen Arm zerfmettert. Den steilen Abhang des Schützengrabens hinunter ist er in der Gelbbahn nicht zu transportieren, und der andere Verbindungsgang nach rückwärts ist erloschen. So ist guter Rat teuer. Wer schwer verwundet ist, geht auf dem Transport aus dieser Stellung meist zugrunde. Der Tag kostete uns vier Tote, zwei Schwerverletzte und drei Leichtverwundete. Auf 60 Meter liegen wir den Engländern gegenüber und sind sehr auf der Hut, da sie gar zu gern unsere Höhe wieder haben möchten. Wir hier oben haben einen halbwegs passierbaren Graben, weil wir alles Wasser nach dem tiefer gelegenen englischen Graben ableiten. Aber unsere linken Nachbarn müssen Tag und Nacht zwei elektrische Pumpen in Betrieb erhalten, sonst können sie sich vor Wasser nicht retten. Daß wir alle wie wandelnde Lehmklumpen aussehen, läßt sich denken.

Hinter unserer Stellung haben wir unsere Vereinstafelstellung. Ein kleines Waldal, in dem furchtbare Nachtstürme getobt haben. Baum und Strauch sind von Granaten zertrümmert mit Gesehkrachen gespickt. Überall liegen in den Wasserlöchern noch die Leichen, von denen wir schon viele begraben haben. Zahllose Windgänger von Granaten jeden Kalibers haben sich in den Waldboden eingewühlt. Französische Ausrustungsstücke sind in Masse zu finden. In den einen Abhang der Schlucht haben wir unsere Unterstände eingebaut: Erdhöhlen, gebildet mit Dachpappe überdeckt und kleinen Nischen versehen, die allerdings zum Erwärmen des Raumes nicht ausreichen, wohl aber zum Erwärmen von Speisen, ja auch zum Kochen nützlich sind. Da man sich naturgemäß in solcher Verwüstung der Natur nicht wohlfühlen kann, haben wir ein wenig nachgeholfen, zunächst einen sauberen Knäppelstein mit Geländer die Schlucht entlang gebaut, dann aus einem nahen Kiefernwald, der auch von Granaten geschnitten war, die schönsten Baumstämme herangeschleppt und einfach in der Schlucht neu gepflanzt, allerdings ohne Wurzeln. Aber auf einen längeren Aufenthalt als von vier Wochen rechnen wir doch hier zunächst nicht, und solange bleiben sie sicher grün. Aus den Gärten der zerstörtesten Schlösser Hollebe und Camp haben wir große Rhododendren, Buchbäume, Schneeglöckchen, Primeln geholt und nette Beeten angepflanzt. Das Wäldlein, da den Grund durchsieht, haben wir von allem Unrat gereinigt, geschädigte Kameraden haben keine

Dämme gezogen und niedliche Wassermühlen eingebaut, sogenannte Karolinhren, die mit ihren Umbrehungen die Minuten zählen sollen, die der Krieg noch währet. Ganze Weidenbüsche und Haselnußsträucher mit hübschen Kästchen und kleinen Fischen haben wir mit Wurzeln angepflanzt, so daß aus der traurigen Erde ein Baldwühl geworden ist. Jeder Winterhand trägt auf einem geschützten Weiden einen Namen, der zur ganzen Stimmung paßt, wie „Villa Waldfrieden“, „Das Herz am Rhein“, „Alderhorst“ usw. Zum Glück fehlen auch die Wäpeln, besonders Drosseln nicht, die sich nun an das Pfeifen der Geshosse und das Einschlagen der Granaten gewöhnt haben und uns morgens mit ihrem frohen Gezwitscher wecken.

Lofhar Dieck.

Verg.-op. 3000, den 9. Dezember 1914.

Daß die Empfindungen im Kriege recht oft schmerzlicher Natur sind, ist ja klar, und ich habe vielleicht zu oft davon geschrieben. Daß daneben viel Herrliches und Wundervolles steht, ist aber ebenso sicher. Das Schönste von allem ist vielleicht die Kameradschaft im Felde, deren immer erneute Beweise einem das Herz erheben. Da ist einmal die allgemeine Kameradschaft, die durch das ganze deutsche Heer geht, und die es bewirkt, daß jeder jeden „Du“ nennt. Keulich in Amersbeld stand ich abends im wunderhellen hellen Mondschein Wache, vor unserem Quartier auf der Landstraße, und betriebe mir die Zeit mit Nauden und Singen. Immerzu kamen Stimmen vorbeigegossen, bald Artillerie, bald Krain. „A Abend, Kamerad!“ riefen mir dann die vorbeiziehenden Leute zu. Einmal öffnete sich auch gegenüber die Tür, und ein Pionier oder sonst was rief mir zu: „Ge, Kosen!“ und schon hatte er mir ein Glas Bier in die Hand gedrückt. Alles einfache Dinge, aber Beweise von herzerquickender Kameradschaftlichkeit. Das erleichtert einem so vieles. Ich glaube, das allein gibt uns schon einen großen Vorteil über die uns gegenüberstehenden zusammengekauerten Feindesdivisionen — da sieht doch jeder erst jeder zu, ob der Kamerad, der da vor ihm auftaucht, auch von seinem Stamme ist. Einen Kameraden kann man doch nicht als Kameraden achten.

Wichtiger noch als dieses allgemeine, unpersönliche Verhältnis ist natürlich die persönliche Kameradschaft von Mann zu Mann, unter denen, die fortwährend aufeinander angewiesen sind. In keinem anderen Lebensstadium vielleicht ist man so geneigt, die Menschen in gute und schlechte zu teilen, wie an dem der Kameradschaft. Wer beim Nachtmarsch ohne Weg nur auf sich bedacht ist, nur seinem Vordermann nachhinkt und nicht darauf achtet, ob sein Hinterrang auch nachkommen kann, na, den nennen wir einen schlechten Kameraden. Wer trotz der eigenen Mühe noch Zeit findet, seinem Vordermann aus den Lehmfurten herauszuküpfeln und den Hinterrang auf die Schwierigkeiten aufmerksam zu machen, das ist eben ein guter. Eine feine Unterscheidung kann man auch machen, wenn einer reichliche Feldpostsendungen verteilt: der eine gibt nur, was er nicht brauchen kann und nur das Schlechteste, weil er sich an Besseres gewöhnen kann, der andere gibt gleichmäßig von allem ab, ist lieber selber die Karten vom Karten und verbergt die Karte. Das Gruppen ist nun, daß die Sorte „schlecht“ in Erfahrung, dem Truppenübungsplatz, noch recht häufig war, jetzt aber fast ausgestorben ist; denn der Krieg zwingt uns ja, uns aneinander anzufügen, jeder weiß ja, wie sehr er von anderen abhängig ist. Am Nachtmarsch der Kameradschaftlichkeit aber kann man jedem bis auf den Grund der Seele sehen, und es erweist sich da, was an dem Bismillennien, den man sonst kannte, Aufgang war. Andererseits erkennt man den wunderbaren Kern in der unheimlichen Menschheit mancher anderen. Das schönste Beispiel hierfür ist mir mein lieber Kamerad G., ein Zweijähriger. Der Mann steht wirklich furchtbar häßlich aus und sein Benehmen ist unbehaglich und ausprächtig, und doch verdanke ich seiner kameradschaftlichen Hilfe unendlich viel. Und in langen Gesprächen im Schützengraben und Quartier die mir mit die schönsten Stunden des Krieges verbracht haben, habe ich ihm auf den Grund der Seele schauen dürfen und habe gesehen, was für ein Ringen und Streben in dem Mann ist, und wie er den weitaus meisten von denen, die sich gebildet nennen, himmelhoch überlegen ist.

Kurt Schlemmer f.

Mitteilungen aus Kunst und Wissenschaft.

† Konzert und Theater im Operationsgebiet. Man schreibt uns: In einem im Operationsgebiet liegenden Großstadt ist das unter der kunstsinigen Leitung H. Schwantes stehende Stadttheater auch in diesem Winter geschlossen. Gleichwohl hatte sich die Direktion bisher schon mehrere auswärts Theaterentsembles aus benachbarten Städten zu Gastspielen verpflichtet. Am dem Bedürfnis des zahlreichen Militärs und Privatpublikums Rechnung zu tragen, inzuiert das Theater diese Woche zum ersten Male eine Oper, und zwar „Lohengrin“ „Liedland“. Einige bedeutende, im Felde stehende Künstler sind zur Mitwirkung gewonnen worden. Mancherlei Klappen gab es zu umschiffen, ehe die Aufführung gesichert war; zur großen Freude namentlich unserer Geliebten kann sie kommenden Freitag bestimmt in Szene gehen. Das jumeist aus konfessionell gebildeten Armierungssoldaten — darunter Mitglieder von Hofkapellen und ersten städtischen Theatern — zusammengesezte Orchester leitet Kapellmeister Gustav Starke vom Stadttheater in Freiburg. Um die musikalische Vorbereitung der Oper macht sich verdient Armierungssoldat Dr. Oskar Guttmann-Verein, der auch allsonntäglich die von der Theaterleitung arrangierten Konzerte im Zoologischen Garten dirigiert. Als Konzertmeister tritt rühmlich hervor ein junger Geiger vom Deutschen Opernhaus in Charlottenburg, Kurt Oppenheimer, zurzeit Armierungssoldat, der sich auch bereits mehrfach in den gutbesuchten Konzerten im hiesigen Stadttheater durch den Vortrag größerer Violinwerke solistisch erfolgreich betätigt hat. Ein ganz besonderes Verdienst hat sich Direktor Schwante mit der Schaffung der vaterländischen Unterhaltungsabende erworben. Diese verfolgen außer der Pflege reiner Kunst den Zweck, unseren Feldgrauen — und deren Zahl ist sehr groß — nach den Anstrengungen im Schützengraben geistige Erholung und Erquickung zu bieten. Daß die namhaftesten Professoren der Universität Freiburg ihre Wissen in volkstümlicher Form in den Dienst der idealen Sache gestellt haben, sei hier dankend konstatiert. Man wird daraus ersehen, daß trotz der unmittelbaren Nähe des Kriegsschauplatzes die Kunst dank der Initiative des hiesigen Bühnenleiters sorgsam gepflegt wird zum Ruh und Frommen unserer Kämpfer die nach Tagen harten Kampfes hier sich heimisch fühlen.

Großherzogliches Hoftheater.

Freitag, 4. Febr. Abt. B. 37. Ab.-Korps. Dritter historischer Luftspielabend — Goethe-Abend: Zum erstenmal: „Das Jahrmarktstisch zu Plundersweilern“. — Neu eingeführt: „Die Laune des Beliebten“. Zum erstenmal: „Schers, List und Rache“. Anfang 7 Uhr. (4 R.)